

Menschlichkeit über Bord

Petra Krischok

Die EU-Politik setzt in der Migrationspolitik auf die Abschottung Europas. Seit Ende 2014 gibt es im zentralen Mittelmeer, auf der Fluchtroute vor der libyschen Küste, keine staatliche europäische Seenotrettung mehr. Die Verantwortung zur Seenotrettung wird seit 2016 an Libyen ausgelagert. Doch die von der EU aufgebaute und finanzierte sogenannte libysche Küstenwache rettet nicht, sondern fängt die Menschen ab und bringt sie gewaltsam und rechtswidrig nach Libyen zurück.

Zivile Seenotrettungsorganisationen wie SOS Humanity engagieren sich seit Jahren dafür, dass flüchtende Menschen in Seenot im zentralen Mittelmeer gerettet und an einen sicheren Ort gebracht werden. Aus der europäischen Zivilge-

sellschaft entstanden und von ihr getragen, füllen sie mit ihren Schiffen bestmöglich die entstandene Lücke beim Retten auf der gefährlichen Fluchtroute. Doch sie werden von den Behörden immer wieder blockiert und kriminalisiert. Seitdem in Italien ein rechtes Parteienbündnis unter der Neofaschistin Giorgia Meloni regiert, haben sich die Bedingungen für zivile Retter*innen weiter verschärft.

Das zentrale Mittelmeer, ein Massengrab

Das zentrale Mittelmeer ist Anfang 2023 die tödlichste Fluchtroute der Welt. Seit 2014 sind dort laut Internationaler Organisation für Migration (IOM) mehr als 20.000 Menschen ertrunken, allein im Jahr 2022 waren es 1.377 Kinder, Frauen und Männer. Die Dunkelziffer dürfte weit höher liegen. Wer die riskante Überfahrt über das zentrale Mittelmeer aus Libyen wagt, ist meistens vor Krieg, Verfolgung, Hunger oder Perspektivlosigkeit geflohen. Viele Menschen auf den seeuntauglichen, deutlich überbesetzten Booten, mit denen sie Europa zu erreichen hoffen, ertrinken in den Fluten, ungesehen, undokumentiert. Das Mittelmeer ist zu einem Massengrab geworden.

„Die See war rau in der Nacht, und unser Boot war nicht seetüchtig“, erzählt der sechzehnjährige Bakary (Name geändert) aus Gambia. Er und 112 weitere Menschen wurden im Oktober von der Crew des Rettungsschiffs Humanity I aus einem Schlauchboot gerettet, das bereits Luft verloren hatte. „Wir versuchten, die Situation unter Kontrolle zu bringen, aber bevor wir das konnten, fielen einige unserer Freunde ins Wasser. Ein paar, die schwimmen konnten, schafften es zurück auf das Boot zu klettern. Die es nicht konnten, sind verschwunden.“ Sieben

Fluchtroute Mittelmeer

Namen von in der Nacht vor der Rettung Ertrunkenen konnte die Crew erfragen und notieren.

SOS Humanity: Das politische Versagen kompensieren

Die zivile Seenotrettungsorganisation SOS Humanity arbeitet seit acht Jahren gegen das Ertrinkenlassen der Flüchtenden auf dem Mittelmeer an. 2015 gründete der Kapitän und Historiker Klaus Vogel gemeinsam mit anderen Bürger*innen in Berlin die Seenotrettungsorganisation SOS Mediterranee Deutschland, die inzwischen in SOS Humanity umbenannt wurde. Sie wollten nicht mehr hinnehmen, dass die europäische Politik untätig blieb, während Tausende Menschen auf der Flucht im Meer ertranken. Italien hatte im Oktober 2014 seine Seenotrettungsoperation „Mare Nostrum“ eingestellt, die innerhalb eines Jahres laut IOM insgesamt 150.000 Menschen gerettet hatte. Die EU hatte für die aufwendige Mission Italiens und die Aufnahme der Geretteten keine Unterstützung geleistet.

Mit Spenden aus der Zivilgesellschaft konnte die Seenotrettungsorganisation SOS Mediterranee von 2016 bis 2018 das Schiff Aquarius und ab 2019 die Ocean Viking betreiben und bis Ende 2021 fast 35.000 Menschen aus dem zentralen Mittelmeer retten. Der deutsche Verein trennte sich zum Ende 2021 von dem europäischen Verbund, um unter dem neuen Namen SOS Humanity ab Sommer 2022 ein eigenes Rettungsschiff aufs Mittelmeer zu bringen. Mit dem Ziel, mehr Menschen vor dem Ertrinken zu bewahren, konnte SOS Humanity mit Unterstützung von Sea-Watch und dem Bündnis United4Rescue die ehemalige Sea-Watch 4 übernehmen und als Humanity I ab Ende August betreiben. In drei Ein-



Die Beiboot-Crew der Humanity I nähert sich einem Schlauchboot mit mehr als 100 Menschen in Seenot.

sätzen wurden bis Dezember 2022 insgesamt 855 Kinder, Frauen und Männer aus Seenot gerettet und an einen sicheren Ort gebracht, wie es das Seerecht vorschreibt.

SOS Humanity versteht sich als humanitäre Organisation, die neben dem Rettungseinsatz mit der Humanity I für die Einhaltung von Seerecht, Menschenrechten und den Rechten von Flüchtenden auf dem Mittelmeer eintritt und hierzu politisch Stellung bezieht. Die politische Arbeit basiert auf der Überzeugung, dass schutzsuchende Menschen auch an Land gerettet werden – durch die Entscheidungen in der europäischen Migrationspolitik.

Die tödliche Abschottungspolitik der EU

Die Kooperation der EU mit Libyen wurde vor fünf Jahren, am 3. Februar 2017, mit der „Malta-Erklärung“ des Europäischen Rats festgelegt – mit dramatischen Folgen für den Schutz der Menschenrechte und die Prinzipien des Seerechts. Bis Ende 2021 wurden für den Aufbau einer libyschen Küstenwache mit zahlreichen schnellen Patrouillenbooten und der Einrichtung einer libyschen Rettungsleitstelle allein 57 Millionen Euro aus einem Nothilfe-Treuhandfonds zur Fluchtursachenbekämpfung in Afrika zweckentfremdet. Über das Mittelmeer flüchtende Menschen werden jährlich zu Zehntausenden von der libyschen sogenannten Küstenwache gewaltsam abgefangen, illegal nach Libyen zurückgeführt und meist in menschenunwürdigen Lagern interniert. Im Januar 2023 vereinbarte die ita-

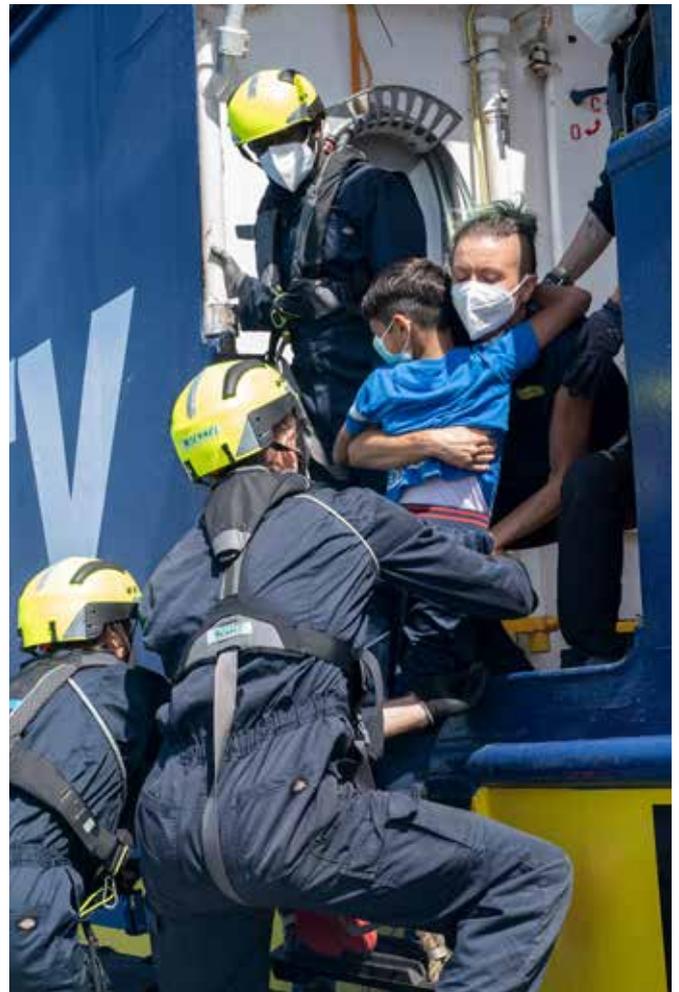
lienische Regierung unter Giorgia Meloni mit Libyen die Lieferung weiterer schneller Patrouillenboote, finanziert durch die EU.

Mit dieser Unterstützung befähigt die EU die libysche sogenannte Küstenwache, systematisch Schutzsuchende auf hoher See abzufangen und widerrechtlich und mit Gewalt in das Land zurückzubringen, aus dem sie geflohen sind. Auf diese Weise leistet die EU wissentlich Beihilfe zum Völkerrechtsbruch. Das Ziel ist zweifellos, die Flüchtenden von Europa fernzuhalten. Es ist eine Abschottungspolitik, deren Preis die verzweifelten Flüchtenden zahlen – die viel beschworenen europäischen Werte gehen bei dieser Strategie über Bord.

Fataler Kreislauf von Flucht und Gewalt

Die Lager, in denen Geflüchtete in Libyen willkürlich inhaftiert werden, sind Orte des Schreckens – „die Hölle“, wie sie immer und immer wieder von

Geretteten an Bord bezeichnet werden. Die Menschen werden in Libyen gefoltert, vergewaltigt, erpresst und versklavt, bis sie zu fliehen versuchen – in seeuntauglichen Holz- oder Schlauchbooten, auf die sie von teuer bezahlten Schlep-



Ein aus Seenot Geretteter wird an Bord der Humanity I gebracht.



Auf dem Bug der Humanity 1 drängen sich die Geretteten. Mit mehr als 400 Überlebenden sucht das Schiff im September einen sicheren Hafen, in dem alle Menschen an Land gehen können.

pern gezwängt werden. Auf See werden sie häufig von der sogenannten libyschen Küstenwache abgefangen und mit Gewalt in die Lager zurückgebracht. Es ist ein brutaler, höchst menschenverachtender Kreislauf aus Gewalt, Ausbeutung, Flucht und Inhaftierung.

Diesen können sie nur durchbrechen, wenn sie von zivilen Retter*innen auf See entdeckt und an einen sicheren Ort gebracht werden oder mit viel Glück die gefährliche Überfahrt bis nach Italien oder Malta überleben. Im vergangenen Jahr lag die Zahl der illegalen Rückführungen, auch als Pull-backs bezeichnet, durch die sogenannte libysche Küstenwache bei rund 25.000 Menschen, wie IOM in Libyen dokumentiert hat.

An Bord der Rettungsschiffe berichten die Geretteten immer wieder, dass sie zuvor bereits mehrmals über das Mittelmeer zu fliehen versucht haben, aber jedes Mal von der Küstenwache abgefangen und zurückgezwungen wurden.

Das Grauen der libyschen Inhaftierungslager

Laut Berichten der Geretteten an Bord der Humanity 1 machen sich häufig noch

minderjährige Jugendliche auf, um Arbeit zu finden. Meist wollen sie ihre Familie unterstützen oder ihre eigenen Wünsche erfüllen, wie eine Ausbildung zu finanzieren. Einmal in Libyen inhaftiert, müssen die mittellosen Familien in der Regel Geld schicken, damit die willkürlich Inhaftierten freikommen. Zusätzlich müssen die Schlepper bezahlt werden, damit die Menschen eines der seeuntauglichen und überbelegten Boote besteigen können. Manchmal werden die Angehörigen mit Foltervideos erpresst ein Lösegeld zu schicken. Die Zustände in den hoffnungslos überfüllten Lagern sind unvorstellbar. Die Versorgung mit Lebensmitteln ist unzureichend, die sanitäre Situation katastrophal, eine medizinische Versorgung kaum existent. Lieber wären sie im Meer ertrunken, als weiter so leben zu müssen, erklären die Überlebenden häufig gegenüber der Rettungsschiffcrew.

Finanzierung Libyens muss beendet werden

Die deutsche Bundesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag angekündigt, illegale Zurückweisungen und das Leid an den EU-Außengrenzen beenden und sicherstellen zu wollen, dass flüchtende

Menschen nach der Rettung an sichere Orte gebracht werden. Die Unterstützung der sogenannten libyschen Küstenwache lässt sich hiermit nicht vereinbaren.

„Wir dürfen nicht weiter hinnehmen, dass die EU den unmenschlichen Kreislauf von Flucht, gewaltsamen Rückführungen, Menschenrechtsverletzungen und abermaliger Flucht finanziert und fördert, um ihre Außengrenzen zu sichern“, betont Heike Spielmans, die Anfang des Jahres 2023 die Geschäftsführung von SOS Humanity übernommen hat. „SOS Humanity fordert die Bundesregierung auf, ihr Koalitionsversprechen einzulösen. Sie muss sich dafür einsetzen, dass die EU die Zusammenarbeit mit der sogenannten libyschen Küstenwache sofort einstellt. Der zutiefst menschenunwürdige Status Quo kann auch für Europa keine Lösung sein, denn die nach Libyen zurückgeführten Schutzsuchenden fliehen immer wieder aufs Neue.“

Zivile Seenotrettung unerwünscht

Obwohl die zivilen Seenotrettungsorganisationen die Lücke füllen, welche

die EU-Staaten im zentralen Mittelmeer vor Libyen hinterlassen haben, wird ihre lebensrettende Arbeit immer wieder blockiert, behindert und kriminalisiert. Ihre Schiffe werden unter fadenscheinigen Begründungen von europäischen Behörden festgesetzt, humanitäre Retter*innen immer wieder angeklagt. Bislang hat allerdings kein Gericht humanitäre Helfer*innen verurteilt.

Doch seit Ende 2022 haben sich die Bedingungen für zivile Seenotrettung weiter verschärft. In Italien regiert seit Herbst ein rechtes Parteienbündnis unter der Neofaschistin Giorgia Meloni. Anfang Januar 2023 hat diese Regierung ein neues Dekret zur Seenotrettung erlassen, das ausschließlich zivile Rettungsschiffe betrifft. Die humanitären Helfer*innen dürfen nur noch eine einzige Rettung durchführen und müssen anschließend sofort den zugewiesenen Hafen ansteuern. Dieser liegt, so zeigt die Erfahrung, immer weit im Norden Italiens, was nicht im Einklang mit dem internationalen Seerecht ist. Die Schiffe brauchen etliche Tage und viel Treibstoff, um diesen zu erreichen.

Diese lange Fahrzeit belastet die vulnerablen, aus Seenot geretteten und nicht selten traumatisierten Menschen unnötig. Bis die Retter*innen zurück im Such- und Rettungsgebiet sind, vergeht meist mehr als eine Woche. In dieser Zeit können sie nicht retten, Flüchtende in Seenot im zentralen Mittelmeer vor Libyen sind sich selbst überlassen oder der sogenannten libyschen Küstenwache ausgeliefert. Die Abwesenheit der Retter*innen ist beabsichtigt, die Strategie zynisch und menschenverachtend. Ein Kapitän, der entsprechend dem italienischen Dekret nach einer ersten Rettung eine zweite verweigerte, obwohl er Kenntnis von dem Seenotfall erhält, würde sich in Bezug auf das Seerecht strafbar machen. Denn Retten ist und bleibt Pflicht.

SOS Humanity fordert europäisches Seenotrettungsprogramm

„Die konkrete Politik der Europäischen Union an ihren Außengrenzen wie dem Mittelmeer ist einseitig von Abwehr und von Angst gesteuert, sie ist unmenschlich, fremdenfeindlich und rassistisch“, sagt der Kapitän und Gründer von SOS Humanity, Klaus Vogel. „Diese Politik muss sofort beendet werden. Wenn Menschen in

Lebensgefahr sind, müssen wir sie retten und beschützen.“

Um die Missstände im zentralen Mittelmeer schnellstmöglich zu beenden, fordert SOS Humanity die zügige Einrichtung eines europäischen, staatlich koordinierten Seenotrettungsprogramms. SOS Humanity Geschäftsführerin Heike Spielmanns: „Menschen aus Seenot müssen im Einklang mit dem Völkerrecht gerettet und an einen sicheren Ort an Land gebracht werden. Europäische Seenotrettungsleitstellen müssen auch mit zivilen Schiffen zusammenarbeiten, Informationen an sie weitergeben und ihre Rettungs-

gen koordinieren. Zudem muss die europäische Politik den längst überfälligen, verlässlichen Verteilmechanismus für die Geretteten in der EU etablieren.

Europäische Küstenstaaten dürfen weder mit der Aufgabe der Seenotrettung noch mit der Aufnahme der Geflüchteten allein gelassen werden.“



Petra Krischok arbeitet als Referentin für Presse und Öffentlichkeitsarbeit & Pressesprecherin in der Berliner Geschäftsstelle von SOS Humanity. SOS Humanity finanziert sich fast ausschließlich über Spenden. Alle Infos unter: sos-humanity.org

Pressemitteilung

AWO kritisiert geplante neue Sicherheitsauflagen für Seenotrettung

Berlin, den 03.03.2023. Der Bundesverband der Arbeiterwohlfahrt und AWO International verurteilen die geplanten Neuregelungen für die Seenotrettung. Mit dem Vorstoß des Verkehrsministeriums, die Sicherheitsanforderungen für kleine Schiffe zu verschärfen, würde Seenotrettung weiter erschwert – für viele kleine NGOs gar unmöglich gemacht.

Für Boote, die im Mittelmeer Menschenleben retten, würden damit die gleichen Auflagen gelten wie für große Schiffe. Die dafür nötigen Umbauten wären finanziell kaum zu stemmen, so die beiden Verbände.

Dazu Brigitte Döcker, Vorstandsvorsitzende des AWO Bundesverbandes: „Diese Verordnung ist ein perfides Beispiel dafür, wie eine gesetzliche Regelung auf legale Weise den Skandal des Sterbens von Migrant*innen im Mittelmeer befördert, indem sie die Seenotrettung für viele Initiativen unmöglich macht. Unter dem Vorwand, die Sicherheit für Menschen zu erhöhen, werden de facto weitere Menschenleben gefährdet. Dies steht im eklatanten Widerspruch zum Selbstverständnis der Bundesregierung, die nicht müde wird, zu betonen, dass sie sich einer den humanen Werten folgenden, demokratischen, gar feministischen Außen- und Entwicklungspolitik verpflichtet fühlt.“

AWO International unterstützt seit vielen Jahren die Arbeit der Seenotrettungsorganisation SOS Humanity. 2021 ist durchschnittlich alle sechs Stunden ein Mensch im zentralen Mittelmeer ertrunken, nachdem sich die europäischen Staaten zunehmend aus der Seenotrettung zurückgezogen haben. Zivile Seenotrettungsorganisationen tragen dazu bei, die Lücke dringend benötigter Rettungsschiffe im Mittelmeer zu füllen. Dazu Ingrid Leberherz, Geschäftsführerin von AWO International: „Wir stellen uns entschlossen gegen derartige Versuche der deutschen Regierung, lebensgefährdete Migrant*innen daran zu hindern, sichere Häfen zu erreichen. Damit würde die Bundesregierung zunehmend dem Vorbild einer rechtspopulistischen italienischen Politik folgen: Dort gelten bereits so weitgehende gesetzliche Auflagen, dass die Seenotrettung stark behindert wird. In den letzten Jahren sind zehntausende Menschen während der Flucht über das Mittelmeer gestorben. Anstatt die Arbeit der Seenotretter*innen zu unterbinden, gilt es, sie zu unterstützen und legale Wege nach Europa zu schaffen!“